

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Leipzig.
Adressen & Comp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Hauptredaktion:
Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2,75 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 8,25 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 12,00 M.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Erscheinungstage: Montag bis Freitag von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Verkaufszeit: von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 5 gespaltene Nonpareilzeile 1,20 M., Familienanzeigen 1,00 M., die 5 gespaltene Nonpareilzeile 1,50 M., ausschließlich Inseratentwurf. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt. Inserate sind im voraus zu bezahlen. Keine Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefwechselung 20 Pf.

Nr. 15

Dresden, Dienstag den 20. Januar 1920

31. Jahrg.

Die Gegenfäße im Zentrum

Das neue französische Kabinett

Paris, 20. Januar. Aus Paris wird gemeldet: Der Präsident der Republik ernannte Millerand, das Kabinett zu bilden. Millerand überreichte dem Präsidenten folgende Liste: Ministerpräsident und Auswärtiges Millerand, Justiz Poincaré, Krieg Raoul Berret, Marine Landry, Unterricht Victor Bernard, Handel Jhaat, Kolonien Sarut, öffentliche Arbeiten Paul Signot, Arbeitsministerium Jourdain, Lardieu ist von Millerand gebeten worden, das Ministerium für das besetzte Gebiet beizubehalten. Das Finanzministerium ist mit einem Sozialisten besetzt worden, und zwar mit François Marchall, der die Verwaltung der Bank Union Parisis inne hatte. Das Ackerbauministerium wird vermutlich einem Mitglied des Senats übertragen werden. Weiter beabsichtigt Millerand die Bildung eines Gesundheitsministeriums und eines Ministeriums für soziale Hilferge.

Frankreichs Vertretung im Obersten Rat

Die politischen Veränderungen, die in den letzten Tagen in Paris in die Erscheinung getreten sind, zwingen die französische Regierung, sich nach einem neuen Bevollmächtigten bei der Friedenskonferenz umzusehen. Da die eigentlichen Friedensverhandlungen in der nächsten Zeit auf Konferenzen der Ministerpräsidenten Englands, Frankreichs und Italiens beschränkt bleiben dürften, so legte Clemenceau Wert darauf, den Vorsitz in der Konferenz zu behalten und wollte auch nach seiner Wahl zum Präsidenten Frankreich weiterhin in der Friedenskonferenz vertreten und deren Vorsitzender bleiben. Seine Niederlage hat ihn aber bereit verdrückt, daß er möglichst bald Paris verlassen wird, und man sucht also jetzt den Mann, der Clemenceau im Rat der Drei ersetzen soll. Man dachte einen Augenblick an Jules Cambon; aber Cambon ist Berufsdiplomate mit dem Range eines Botschafters und könnte nicht den Vorsitz beanspruchen neben Lloyd George und Ricci, die Regierungschefs sind. Man schwankt nun zwischen zwei Lösungen: Deschanel oder Poincaré. Aber Wahrscheinlichkeit nach wird die Wahl auf Poincaré fallen.

Die Harmlosen

Sam Beweise, daß die blutigen Vorgänge in Berlin von den Unabhängigen vorbereitet waren, wird jetzt in der holländischen Presse eine Rede des unabhängigen Parteiführers Soltmann angeführt, die dieser am 11. Januar in einer Versammlung in Gerooldshausen gehalten hat. Dieser führte u. a. aus: „Am 13. oder 14. Januar wird die Regierung gestürzt, es ist alles gut vorbereitet, wir brauchen nur auf den Knopf zu drücken.“

Damit und mit dem bisherigen Lärm der unabhängigen Demagogen vergleiche man den Aufruf, den der Parteivorstand der U. S. P. in seiner Presse losläßt und in dem er seine Partei von aller Schuld an den blutigen Berliner Vorgängen rein zu waschen sucht. Als ob nicht schon seiner Aufruf, mit dem die U. S. P. und A. P. D. zu der Demonstration auftraten, eine deutliche Sprache gesprochen hätte!

Es ist immer wieder die alte Geschichte: Vor der Tat können die Unabhängigen nicht genug Pfaffen drücken, nach der Tat, wenn sie mißlungen ist, wollen die Unabhängigen von der ganzen Sache nichts wissen. Und wenn ihre Gewaltabsichten an den energischen Abwehrmaßnahmen der Regierung scheitern, dann actern sie beweglich über die „gewalttätige Bismarckpolitik sozialdemokratischer Regierungen...“

Geistler und Demagogen!

Englands doppeltes Spiel

Der Zahlungsmittelkommissar Robert teilte in einer Rede in London über die Aufhebung der russischen Blockade mit, daß der Warenhandel mit Rußland durch die Vermittlung der russischen landlichen Korporationsgenossenschaften stattfinden solle. In Rußland befindet sich über 1 Million Tonnen Getreide für die Ausfuhr, wenn genügend Transportmöglichkeiten geschaffen werden können. Die britische Regierung wird 17 Millionen Pfund Sterling zur Verfügung stellen, die bei Zustimmung des Unterhauses auf 25 Millionen Pfund Sterling erhöht werden können unter Mitwirkung der großen Banken.

Aus Malta wird gemeldet, daß alle verfügbaren britischen Kriegsschiffe nach dem Schwarzen Meere abgehoben sind. Aus Toulon wird berichtet, daß die Hospitaltschiffe Befehl erhalten haben, nach dem Schwarzen Meere abzugehen.

Zu dem jüngsten Beschuß des Obersten Rates über den Verkehr mit Rußland sagt Saint Orice im Journal: Auf der einen Seite wolle man gegen das Vordringen des Bolschewismus nach Osten militärische Maßnahmen ergreifen; das bezieht die Aufmerksamkeit der englischen Minister und Militärs in Paris, auf der anderen Seite aber Stimme der Oberste Rat der Wiederannahme der geschäftlichen Beziehungen mit Rußland zu.

Beide Maßnahmen widersprechen sich nur scheinbar: England sucht, beunruhigt durch den Vormarsch der roten Armeen im Orient, nach dieser Seite eine Schranke aufzurichten. Gleichzeitig aber öffnet es das Sicherheitsventil im Westen und das ist sehr gut ausgeglichen. Erreicht er, er würde es gerne leben, wenn die kontinentalen Gleichgewichtsinteressen Frankreichs nach dem gleichen Grundgedanken behandelt würden.

Die Petersburger Rätewahlen

Nach einer Stockholmer Meldung der Frankf. Zeitung wurden bei den Petersburger Rätewahlen 1885 Vertreter gewählt, darunter 1589 Bolschewisten.

Nachdem am 18. Januar durch deutsche Beamte begleitet, an der polnischen Grenze eingetroffen und hat von dort aus die Weiterreise nach Sowjetrußland angetreten. Mit der Aufgabe der für ihn von Sowjetrußland festgehaltenen Gefangen Franz Kleinow, Adolf Bethmann, Karl Mustat, Leo Schwanz, Max Schanz, Ottomar Heintze und Bruno Weiraum kann demnächst gerechnet werden.

Aufstand in Sibirien

Rotterdam, 20. Januar. Aus Tokio wird gemeldet, daß Nishioh mit einem Goldschatz und einem Heer von 25.000 Mann Tschichow zwischen Dmij und Irkutsk hält. (Andere Nachrichten dagegen betonen, daß er mit seinem gesamten Heere gefangen worden sei.) In Irkutsk und diesen ganzen sibirischen Gebieten herrscht Aufstand. Es werden überall Sowjets gebildet, die sich zu einem Zentralrat zusammenschließen. Die Japaner haben erklärt, daß sie die Ausländer in Irkutsk schützen werden, wenn es dort zu einer Katastrophe komme.

Die verlorene Ostmark

Deutsch-polnisches Adonomen

Das polnische Pressebüro in Kopenhagen veröffentlicht das zwischen Deutschland und Polen in diesen Tagen in Paris abgeschlossene Abkommen. Danach verpflichtet sich Deutschland u. a., Polen die Beträge zurückzahlen, die die polnischen Gemeindeverwaltungen auf Rechnung des preussischen Staates ausgezahlt haben, und den Polen unverzüglich so viel Eisenbahnmateriale zurückzugeben, als verhältnismäßig auf die abgetretene Eisenbahn im Osten entfällt. Deutschland stimmt zu, sofort in Paris Verhandlungen einzuleiten über die Entfaltung der deutschen Militär- und Zivilbehörden und die Auslieferung der kirchlichen Fonds, Archive und Kontrakte.

In Willenstein treffen zahlreiche Zivilisten aus Soldau, Reidenburg und Neustadt ein. Sie berichten von unglaublichen Greuelthaten, die die Polen verübten, und erzählen, daß große Teile der deutschen Bevölkerung rücksichtslos vertrieben werden. Auch deutsches Militär trifft hier ein, den die Polen sämtliche Ausrüstungsgegenstände mit Gewalt abgenommen haben.

Helferich gegen Erzberger

Berlin, 19. Januar. Der Reichstagspräsident des Finanzministers Erzberger gegen den Staatssekretär a. D. Dr. Helferich wegen einer Rede von Artillerie Dr. Helferich in der Reichstagskammer einer Rede unter dem Titel „Fort mit Erzberger“ hat begonnen. Der Vortrag dürfte unter Umständen mehrere Wochen dauern. Der Rednerraum ist nur halb besetzt. Helferich und Erzberger sind anwesend. In dieser Woche wird am Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend verhandelt. Es beginnt sodann die Verhandlung des Beschlages Helferich. Auf Beschlagen des Vorliegenden gibt Staatssekretär a. D. Dr. Helferich an, daß er sich zum Verfasser der unter Anklage gestellten Artikel und der Broschüre bekennen und sein Bestreben sei, den vollen Wahrheitsbeweis anzutreten. Die Behauptung Erzbergers über die schwerwiegendsten Aspirationen auf Belgien, die unter der Ägide Helferichs organisiert seien, wurden in den schärfsten Ausdrücken bekämpft. Weiter bestritt er die Broschüre mit dem ob besprochenen Innehalt des Beschlages Erzbergers über die ungenügende Wertschätzung dieses Beschlages in einer öffentlichen Stellung und der Rolle, die Erzberger in dieser Angelegenheit gespielt hat. Er wird vom Angeklagten bestritten, die ernstliche Friedensmöglichkeit, die unter dem Druck des „Lichtstrahles“ im Sommer 1917 herantretete, de facto sabotiert zu haben.

Wenn Erzberger den Reichstagspräsidenten Helferich zu dem ungeheuren Verbrechen einer vertriebenen Friedensmöglichkeit aufbaute, so sei dies ein Volksverrat von einer verurteilten Art. Um 11 1/2 Uhr ist die Verhandlung der Broschüre und der Freizeitschriften beendet, auf die in der Anklage Bezug genommen wird, beendet. Morgen vormittag soll mit der Verhandlung des Angeklagten begonnen werden. Der Vorlesende beantragte, wie er ausführte, den Angeklagten zunächst zu dem allgemeinen Teile der Beschlüsse, die er gegen den Finanzminister Erzberger erhoben hat, zu vernehmen und daran anschließend zunächst den Fall Thöfner zu behandeln. Er hofft, daß der allgemeine Teil der Vernehmungen und der Fall Thöfner bis Donnerstag erledigt werden. Der Vorlesende betonte am Schluß der heutigen Sitzung, es sei wünschenswert, daß eine Reihe von Tatsachen von der Verteidigung, die nicht im Interesse des Reiches liegen, bei der Verhandlung nicht zur Sprache kommen. Die Verhandlung wird darauf auf morgen vormittag 9 1/2 Uhr vertagt.

Zentrumsparteitag

Der Zentrumsparteitag, der Sonntag in Berlin begonnen hat, erinnert zur rechten Zeit daran, daß es jenseits des bereits zwischen Sozialdemokraten und Bolschewisten noch andere innere politische Probleme in Deutschland gibt, die man nicht dadurch aus der Welt schaffen kann, daß man sie einfach ignoriert. Trotz dem gewaltigen Anwachsen der Sozialdemokratie haben die Wahlen vom Januar 1919 noch immer eine beträchtliche bürgerliche Mehrheit ergeben, und in dieser Mehrheit ist das Zentrum die stärkste Partei.

Die bürgerliche Mehrheit war geblieben, aber sie ist nach den Wahlen nicht in Erscheinung getreten, weil Zentrum und bürgerliche Demokratie mit den Resten des reaktionären Nationalismus nichts zu tun haben wollen, sondern sich auf das Regierungsgeschäft beschränken, das die Sozialdemokratie steuert. Eine bürgerliche Mehrheit wäre eine monarchistische Mehrheit geworden, und die Hauptstützen des alten Regimes, die Schuldigen des Krieges und der Niedertage, hätten in ihr die Führung gehabt. Die Aussichten, die sich daraus ergaben, waren für das Zentrum so abschreckend, daß es lieber eine Revision seiner Grundzüge vollziehe und der Sozialdemokratie helfe, den Ausbau der deutschen Republik durchzuführen und zu sichern.

Die Koalition mit dem Zentrum und der bürgerlichen Demokratie war notwendig, um die Regierung auf eine breite parlamentarisch-demokratische Grundlage zu stellen und zunächst über die allerersten Schwierigkeiten hinwegzukommen. Zu diesen Schwierigkeiten gehört unter anderem auch — es wäre unnützlich, dies zu verheimlichen — der Mangel an geeigneten Verantwortlichen, um alle wichtigen Stellen der Regierung und der Verwaltung zu besetzen.

Ist also die Koalition aus den verschiedensten Gründen eine augenblickliche Notwendigkeit, so wäre es doch gründlich falsch, an ihre ewige Dauer zu glauben. Vor einem solchen Glauben müssen und schon die unterirdischen Strömungen im Zentrum warnen. Ein Rechtsabswanken dieser bürgerlichen Partei ist ein Ereignis, das im Laufe der Zeit mit nicht geringer Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist. Dazu bleiben die Möglichkeiten einer antisozialistischen Wehrheitsbildung oder einer demokratisch-sozialdemokratischen Wehrheit oder schließlich die einer rein sozialdemokratischen Wehrheit. Auf alle Fälle muß sich die Sozialdemokratie sehr stark erheben, wenn sie der Möglichkeit einer bürgerlichen Wehrheitsbildung unter monarchistisch-nationalistischer Führung auf die Dauer einen Riegel vorsetzen will.

Man darf auch nicht übersehen, daß die Rede des zur Regierungspolitik stehenden Hrn. Trübner in bezug auf die Stellung der Partei zur Republik mit größter diplomatischer Vorsicht abgefaßt ist. Sie enthält eigentlich gar kein direktes Bekenntnis zur Republik, sondern sie begnügt sich damit, den Versuch, die Monarchie auf dem Wege gewalttätigen Umsturzes wieder einzuführen, nachdrücklich abzulehnen. Auf verfassungsmäßigem Wege könnte die Monarchie wieder eingeführt werden, wenn zwei Drittel des Reichstags und des Reichsrats oder die Wehrheit aller bei einer allgemeinen Volksabstimmung stimmberechtigten Volksgenossen für sie gewonnen sind. Dem Weg zu einer solchen verfassungsmäßigen Wiedereinführung der Monarchie will Trübner dem Zentrum nicht verbieten, und es ist selbstverständlich, daß es auf ihm dem allerersten Widerstand der Sozialdemokratie begegnen würde.

Dazu treten die starken agrarischen und partikularistischen Strömungen. Die ersten führen zu einer unmittelbaren Interessenverbindung mit der Medien. Die zweiten werden von dieser aus Gründen einer skrupellosen Taktik gefördert.

So fehlt es nicht an Anzeichen, die die Sozialdemokratie zur schärfsten Vorsicht anfordern. Die Sozialdemokratie hat allen Grund, sich das Hauptwort im Gedächtnis zu halten: „Werd' ich beruhigt je mich auf ein Hauptteil legen, so sei es gleich um mich getan!“ Die Koalition darf für die Sozialdemokratie nicht zu einem Hauptteil werden, in dem sie ihre eigene Aufgabe verliert, härter und härter zu werden, bis sie ihre Grundfäße, ohne Bindung an Koalitionsbedürfnisse und taktische Bedenken, vollständig durchzusetzen imstande ist.

Die Verhandlungen

Berlin, 19. Januar. Der Zentrumsparteitag wurde heute im Signalsaal des Reichstags mit Vertretungsworten des Abgeordneten Trübner eröffnet. Trübner hob hervor, daß die Reorganisation der Partei notwendig sei. Wer an dieser Arbeit nicht teilnehmen wolle, der verliere das Recht, an der Partei eine abschließende Kritik zu üben. In weiteren Vertretungsworten ergriff der Präsident der Nationalversammlung Abgeordneter Behrensdorf das Wort. Unter öffentlicher Bezugnahme auf den Abgeordneten Dr. Helm, ohne aber dessen Namen zu nennen, erklärte er dann, daß die Gegenfäße im Zentrum bei ruhiger Betrachtung nicht so groß seien, als sie erscheinen. Die Bayern bezeugten selbst, daß sie nicht am gegenwärtigen Parteitag teilnehmen können.

Es folgt als erster Punkt der Tagesordnung der große Bericht des Abgeordneten Trübner über die allgemeine politische Entwicklung.